

Selbstordnung oder zentrale Kontrolle

Zu der Debatte über eine EU-Wirtschaftsregierung / Von Lüder Gerken

Die griechische Finanzkrise hat eine Debatte neu entfacht, die bereits seit Jahrzehnten immer wieder, meist von Frankreich, angestoßen worden ist: die Schaffung einer europäischen „Wirtschaftsregierung“. Die Bundesregierung hat sich kürzlich dieser Forderung erstmals angeschlossen. Offen bleibt bislang freilich, was sich Berlin darunter vorstellt. Zwei Konzepte lassen sich unterscheiden: ein ordnungspolitisches und ein dirigistisches.

Das ordnungspolitische Konzept würde den Stabilitäts- und Wachstumspakt auf ein neues Fundament stellen. Dieser Pakt sah vor, Staaten, die die Verschuldungsvorschriften der EU brechen, zu bestrafen. Er ist bekanntlich gescheitert. Zu verantworten haben das Deutschland und Frankreich, die sich 2003 übermäßig verschuldet hatten. Um die drohende Verhängung von Sanktionen zu hintertreiben, sorgten sie dafür, dass das Verfahren außer Vollzug gesetzt wurde. Nach diesem Präzedenzfall musste auch kein anderes Euro-Land mehr befürchten, für übermäßige Verschuldung bestraft zu werden.

Eine EU-„Wirtschaftsregierung“, die sich explizit der Aufgabe widmete – und sich darauf beschränkte –, das Verschuldungsverbot zu überwachen und durchzusetzen, wäre zu befürworten. Freilich dürften keine allzu großen Hoffnungen an sie geknüpft werden. Auch in ihr würden die potentiellen Defizitsünder über sich selbst das Urteil sprechen. Ein unabhängiger Fiskalkontrollrat ist unrealistisch.

Das dirigistische Konzept einer Wirtschaftsregierung geht auf den Wunsch vor allem Frankreichs zurück, die Wirtschafts-, Finanz- und Lohnpolitik der einzelnen Länder in der EU zu koordinieren. Zentrales Argument – von der französischen Wirtschaftsministerin Christine Lagarde unverblümt vorgetragen – ist hier-

bei, dass Deutschland ständig Handelsbilanzüberschüsse auf Kosten der anderen EU-Mitgliedstaaten erwirtschaftet, weil es im Verhältnis zu den anderen Mitgliedstaaten zu „wettbewerbsfähig“ sei. Immerhin ließ die Europäische Kommission verlautbaren, es könne ja wohl nicht angehen, dass man in einer EU, die zu einer der „wettbewerbsfähigsten“ Regionen der Welt aufsteigen wolle, diejenigen Staaten, die relativ „wettbewerbsfähig“ geworden seien, ausbremse und zwingt, sich an die weniger „wettbewerbsfähigen“ Mitglieder anzupassen.

Die ganze Diskussion offenbart eine tiefe Unkenntnis von außenwirtschaftstheoretischen Zusammenhängen. Diese lassen sich zusammenfassen in dem Satz: Es gibt, anders als bei Unternehmen, grundsätzlich keine Wettbewerbsfähigkeit ganzer Volkswirtschaften.

Diese Erkenntnis ist uralte. David Hume stellte sie schon 1752 in seinem Aufsatz „Of the Balance of Trade“ auf: Die Zahlungsbilanz eines Landes gleicht sich immer von selbst aus. Das geschieht über drei Anpassungsprozesse. Erstens führen Handels- beziehungsweise Leistungsbilanzüberschüsse zu Einnahmeüberschüssen und diese, bei flexiblen Wechselkursen, zu einer Aufwertung der Währung. Dadurch verteuern sich heimische Produkte im Ausland, der Export sinkt und der Import steigt. In einer Währungsunion wie dem Euro-Raum ist dieser Anpassungsprozess aber ausgeschlossen.

Zweitens können die Einnahmeüberschüsse mit Kapitalexporten kompensiert werden. So haben die deutschen Nettokapitalexporte die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse seit 2003 in jedem Jahr übertroffen. Die Kapitalexporte erfolgen als Direktinvestitionen oder Kredite, die im Ausland wiederum für Investitionen oder Konsum eingesetzt werden können.

Bei investivem Einsatz schafft das Kapital Arbeitsplätze und wirkt sich unmittelbar wohlstandssteigernd aus. Bei konsumtivem Einsatz ist es dagegen verloren. Da in diesem Fall keine Wertschöpfung erfolgt, mit der die Kredite zurückgezahlt werden könnten, sind der konsumtiven Verschuldung – auch der Staatsverschuldung – systemimmanente Grenzen gesetzt. Diese äußern sich in nachlassender Kreditwürdigkeit und damit in höheren Risikoprämien, wodurch die Kapitalimporte und damit aber auch die Leistungsbilanzdefizite sinken. Bei politischer Manipulation kann der Bonitätsverlust sprunghaft verlaufen, wie das Beispiel Griechenland zeigt, und im Extremfall in einem Staatsbankrott enden. Auch dieser bedeutet letztlich aber nichts anderes als eine Anpassung an die tatsächlichen außenwirtschaftlichen Verhältnisse.

Drittens können die Leistungsbilanzbedingten Einnahmeüberschüsse zu Inflation im Inland führen. Diese verteuert die heimischen Exporte, Importe werden relativ billiger, so dass die Zahlungsbilanz wieder ausgeglichen wird. In einer Währungsunion kann die Zentralbank diesem – nur in Ländern mit Leistungsbilanzüberschuss auftretenden – Inflationsdruck geldpolitisch nicht begegnen, weil sie die Geldentwertung in der gesamten Währungsunion im Auge haben muss. Deutschland blieb diese Entwicklung wegen seiner hohen Kapitalexporte bislang erspart.

Die beschriebenen Zusammenhänge beantworten auch die Frage, was die Forderung nach einer Europäischen Wirtschaftsregierung mit den Ursachen der griechischen Krise zu tun hat: nichts. Griechenland ginge es keineswegs besser, wenn Deutschland weniger exportieren würde. Im Gegenteil: Deutsche Nettokapitalexporte sind über längere Zeit nur mög-

lich, wenn sie mit deutschen Leistungsbilanzüberschüssen einhergehen. Davon profitierte bislang auch Griechenland, indem es deutsches Kapital importierte. Dass Griechenland dieses Kapital konsumtiv einsetzte, ist nicht Deutschland anzulasten. Andere Volkswirtschaften verwenden Kapitalimporte für Investitionen; Deutschlands Leistungsbilanzüberschüsse stützen also das dortige Wachstum.

Fazit: Das Problem ist nicht eine hohe oder geringe „Wettbewerbsfähigkeit“ von Volkswirtschaften, sondern eine exzessive, konsumorientierte Verschuldungspolitik einzelner Staaten. Die eigentliche Ursache für die momentanen Turbulenzen im Euroraum ist nicht das Fehlen einer EU-Wirtschaftsregierung, die die Wirtschafts-, Finanz- und Lohnpolitik koordiniert, sondern der Umstand, dass viele Staaten verantwortungslos über ihre Verhältnisse gelebt haben und auf den internationalen Finanzmärkten das Vertrauen verlorengegangen ist, dass diese Staaten ihre Schulden aus eigener Kraft noch werden begleichen können.

Dagegen hilft keine zentralistische Koordinierung. Diese würde den Zwang und die Anreize zu Reformen in den Ländern mit traditionell maroden Staatsfinanzen nochmals reduzieren: Ist man die Verantwortung los, lebt sich's gut verantwortungslos. Nicht die politisch motivierte Einebnung des Wettbewerbs um Kreditwürdigkeit auf den internationalen Finanzmärkten hilft Europa, sondern nur der Zwang für die Mitgliedsländer zu eigenen Reformen. Dieser Zwang entsteht auf den Güter- und Kapitalmärkten. Sie erziehen (und ziehen) sehr konsequent zur Verantwortung.

Dr. habil. Lüder Gerken ist Vorsitzender des Centrums für Europäische Politik, der Stiftung Ordnungspolitik und der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung.